

Parallelen zur Weltwirtschaftskrise - und große Unterschiede

Parallelen zur Weltwirtschaftskrise - und große Unterschiede
Finanzkrisen gestern und heute. Liaquat Ahamed, Investmentmanager und preisgekrönter Autor, ist ein Fachmann. Der diesjährige renommierte Besucher der American Academy wird heute Abend halten mit dem Titel "Will the Euro survive?" ("Wird der Euro überleben?") Vorab gab er bereits ein Interview zusammen mit dem Gastgeber der Veranstaltung, dem Botschafter Wolfgang Ischinger.

Was sind Ihrer Ansicht nach die Ursachen der aktuellen europäischen Schuldenkrise?
Ahamed: Letztendlich schuld war die übereilte Währungsunion zwischen Ländern, die völlig unterschiedliche Entwicklungsstufen und ökonomische Strukturen aufwiesen.
Die Kombination aus einer Universalwährungspolitik und der Tatsache, dass Banken Gelder in die europäischen Peripheriestaaten schleusten, ohne wirklich Verantwortung für die damit verbundenen Risiken zu übernehmen, führte in den "guten" Jahren zu zu niedrigen Zinssätzen in den südlichen Ländern.
Das wiederum erzeugte eine Kredit- und Immobilienblase in Staaten wie Irland und Spanien. Ein weiterer Effekt dieses Booms war der Anstieg der Gehälter, der eine extrem geringe Wettbewerbsfähigkeit bei den südeuropäischen Länder verursachte, als die Geldströme von französischen und deutschen Banken dann versiegt.
Ischinger: Wir glauben, dass eine der Hauptursachen die übertriebenen Ausgaben zu Lasten zukünftiger Generationen waren, verbunden mit unzureichender Überwachung des Stabilitäts- und des Wachstumspakts.
Herr Ahamed ist hier in Berlin, um die Frage zu beantworten: "Wird der Euro überleben?"
Ischinger: Ja, der Euro wird definitiv überleben! Selbst wenn er häufig von Nicht-Europäern kritisiert wird, kann man nicht oft genug betonen, dass der Euro zu einem Symbol für mehr als 60 Jahre Frieden und Wohlstand geworden ist.
Ahamed: Der Euro wird nur dann überleben, wenn eine Vereinbarung darüber getroffen wird, wer die Kosten für die Sanierung des Schuldenüberhangs aus der derzeitigen Krise zu tragen hat. Im Moment geht eine große Kluft durch Europa hinsichtlich der Frage, wer die Zeche zahlen soll: die Schuldner, die zu viel geliehen haben, oder die Gläubiger, die zu viel Kredite vergeben haben.
Die Deutschen sind im Grunde genommen der Ansicht, dass das Problem seine Ursache bei den Versäumnissen in der Wirtschaftsführung der einzelnen Staaten Südeuropas hat. Daher besteht Deutschland darauf, dass - außer bei nationaler Insolvenz - Südeuropa die Last tragen sollte. Die gegensätzliche Auffassung ist, dass Europa hauptsächlich wegen systeminhärenter Fehler in Schwierigkeiten ist, die auf die Art und Weise, in der die Eurozone verwaltet wird, zurückgehen. Somit liegt die Lösung in einer gesamteuropäischen Maßnahme, was im Wesentlichen bedeutet, dass die Gläubigerländer zahlen.
Wie bei fast allen wirtschaftlichen Diskussionen, haben beide Sichtweisen in gewisser Weise ihre Berechtigung. Aber solange bis die Missstände nicht behoben und die Frage nicht geklärt ist, wer für die Sanierungskosten aufkommt, bleibt die Bedrohung eines Scheiterns des Euro bestehen.
Herr Ahamed, Sie sind doch ein Experte, was das Thema Weltwirtschaftskrise betrifft. Sehen Sie irgendwelche Ähnlichkeiten zwischen der derzeitigen weltweiten wirtschaftlichen Situation und der damaligen?
Ahamed: Es gibt zahlreiche Parallelen zwischen der heutigen Wirtschaftskrise und der sogenannten Großen Depression. In beiden Fällen hatten wir Jahrzehnte des Booms hinter uns, die zu überhöhter Fremdkapitalaufnahme mit Krediten und Spekulationsblasen bei den Vermögenswerten führten. In beiden Fällen erlebten wir eine zweifache Krise als die Blasen dann platzten: eine Bankenkrise in den Vereinigten Staaten und eine separate Banken- und Staatsschuldenkrise in Europa.
Die Lage besonders in Europa ist beängstigend ähnlich. Die Position von Ländern wie Griechenland, Portugal und Spanien heute ist vergleichbar mit der Deutschlands, Österreichs und anderer mitteleuropäischer Länder im Jahre 1931, die sich durch einen Run auf die Bankensysteme auszeichnete: nämlich derselbe Kausalzusammenhang zwischen der Finanznot der Regierungen und schwachen Banken, die auf staatliche Hilfe angewiesen waren. Ein starrer Wechselkurs, in den man nicht eingreifen kann aus Angst davor, eine gigantische Vertrauenskrise auszulösen, zwingt die Schuldnerländer dazu, auf eben diese bitteren Sparmaßnahmen zu setzen. Und schließlich beobachten wir dieselben großen Unstimmigkeiten zwischen den Gläubiger- und die Schuldnerländern bezüglich der Frage, wer für die Situation verantwortlich zu machen ist. Und somit besteht kein Konsens darüber, was jetzt das Gebot der Stunde ist. Schließlich führte das Ganze auch noch dazu, dass der Goldstandard, das Äquivalent der heutigen Gemeinschaftswährung, zerbrach.
Natürlich gibt es auch große Unterschiede zwischen damals und heute. In den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts war Deutschland die drittgrößte Wirtschaftsmacht der Welt, während Griechenland, Portugal, Irland und Spanien selbst zusammengenommen nicht annähernd so bedeutend sind. Außerdem stand Deutschland in den 1930er Jahren absolut keinerlei Hilfe zur Verfügung, weder von einer Europäischen Zentralbank, die als Refinanzierungsinstanz fungierte, noch ein Europäischer Stabilitätsfonds, der bei der Umschuldung der Staatsschulden helfen konnte oder gar ein IWF, der noch zusätzliche Unterstützung hätte leisten können.
Herr Botschafter Ischinger, sind Sie in der Lage, diese Situation mit irgendetwas zu vergleichen, was Sie in Ihrer Karriere als Diplomat erlebt haben?
Ischinger: Größere internationale Krisen haben immer eines gemeinsam: Sie zu überwinden, erfordert besonnene Staatenlenker und langfristige internationale Anstrengungen.
Welche internationalen Strukturen müssen existieren, um zu verhindern, dass Finanzkrisen, wie die, die im Jahre 2008 ihren Anfang nahm, erneut auftreten?
Ahamed: Die Hauptursache der Krise war die übermäßige Kreditaufnahme seitens der Privathaushalte, Banken und Regierungen. Auch wenn internationale Abkommen wie Basel bezüglich der Eigenkapitalausstattung der Banken dazu beitragen, eine Verschuldung durch die Banken zu verhindern, so bleiben doch die nationalen Regierungen und ihre Zentralbanken letztendlich dafür verantwortlich, Finanzkrisen zu verhindern.
Ischinger: Wir bei der Allianz befürworten eine Fortsetzung des europäischen Integrationsprozesses, der es der EU ermöglicht, wettbewerbsfähig gegenüber den aufstrebenden Mächten weltweit zu bleiben. In globaler Hinsicht benötigen wir eine Vereinbarung über Grundregeln, wie z.B. die Eigenkapitalausstattung von Banken und Versicherungen, Verzicht auf offensichtliche oder versteckte Handelshemmnisse, Chancengleichheit und faire Marktbedingungen für alle Marktteilnehmer. Kurzum: gleiche Voraussetzungen. Angesichts der dynamischen Entwicklung der Bries-Staaten und anderer Schwellenländer, sind USA und EU am besten beraten, schnellst möglich einem Freihandelsabkommen beizutreten. Dessen Vorteile die Nachteile bei weitem ausgleichen.
Welche Schritte würden Sie in Bezug auf die EU bzw. den Euroraum vorschlagen?
Ischinger: Wir brauchen konkrete Schritte hin zu einer Fiskalunion, einschließlich einer Bankenunion mit einer einzigen Überwachungsinstanz. Die Verantwortung liegt beim Europäischen Rat, der Europäischen Kommission und den europäischen Nationalregierungen. Aber die EZB wird auch weiterhin eine zentrale Rolle spielen.
Ahamed: Ich bin der Auffassung, dass wir gelernt haben, dass die Währungsunion nur dann funktionieren kann, wenn sie mit einer Variante der Steuerunion und einer Bankenunion kombiniert wird.
Vergleichen wir einmal die USA und Europa. In beiden Fällen waren die Ursprünge ziemlich konzentriert. In den USA waren Nevada, Florida, Arizona und Kalifornien größtenteils für die Immobilienblase verantwortlich, während in Europa der Krisenherd verstärkt in Südeuropa angesiedelt war. Den USA ist es viel besser als Europa gelungen, ihre schwierige Situation zu bewältigen. Ursache dafür war wohl hauptsächlich, dass deren Antwort auf die Rezession und die Bankenprobleme in erster Linie eine föderalistische war.
Weder Nevada, noch Florida, Kalifornien oder ein anderer der stark angeschlagenen Staaten musste allein mit der Krise fertig werden. Alle Staaten sprangen ein. Die politische Maschinerie legte den nächsten Gang ein, und so kam es, dass New Yorker und die Bewohner des Mittleren Westens für die Fehler der floridianischen Hausbesitzer zahlen, eine Bank mit Sitz in North Carolina retten oder Arbeitslosenunterstützung in Michigan finanzieren mussten. Und all das geschah quasi automatisch, ohne dass es zu Demonstrationen auf den Straßen, ständigen Regierungswechseln oder 21 unterschiedlichen Gipfeln der Gouverneure der Bundesstaaten kam, um herauszufinden, wie die Last zu verteilen war.
Bildunterschrift: Liaquat Ahamed: "Der Euro wird nur dann überleben, wenn eine Vereinbarung darüber getroffen wird, wer die Kosten für die Sanierung des Schuldenüberhangs aus der derzeitigen Krise zu tragen hat."
Vorbehalt bei Zukunftsaussagen
Diese Aussagen stehen, wie immer, unter unserem Vorbehalt bei Zukunftsaussagen.
Kontakt für Presse
Nicolai Tewes
Allianz SE
Tel.: +49.89.3800-4511
nicolai.tewes@allianz.com
img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pnr_528693" width="1" height="1">

Pressekontakt

Allianz SE

80802 München

Firmenkontakt

Allianz SE

80802 München

Die Allianz Gruppe ist einer der weltweit führenden Versicherungs- und Finanzdienstleister. Im Jahre 1890 in Berlin gegründet, ist die Allianz heute in mehr als 70 Ländern mit etwa 162.000 Mitarbeitern präsent. An der Spitze der internationalen Gruppe steht die Allianz AG mit Sitz in München als Holdinggesellschaft. Die Allianz Gruppe bietet ihren rund 60 Millionen Kunden weltweit umfassenden Service in den Bereichen Schaden- und Unfallversicherung, Lebens- und Krankenversicherung, Vermögensmanagement und Bankgeschäft.